

## **Antrag**

**der Abgeordneten Bernd Schattner, Stephan Protschka, Peter Felser, Frank Rinck, Dietmar Friedhoff, Steffen Janich, Enrico Komning, Uwe Schulz, Barbara Benkstein, Marc Bernhard, René Bochmann, Dr. Götz Frömming, Dr. Malte Kaufmann, Dr. Michael Kaufmann, Jörn König, Edgar Naujok, Jan Wenzel Schmidt, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD**

### **Deutsche Landwirtschaft schützen – Zollfreiheiten für ukrainische Getreide- und Ölsaaten beenden**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest,

Nach dem Beginn des russischen Angriffskrieges am 24. Februar 2022 auf die Ukraine traten die Maßnahmen von freien Zöllen auf ukrainisches Getreide erstmals am 5. Juni 2022 in Kraft. Ein Jahr später wurden sie bis zum 5. Juni 2024 verlängert.<sup>1</sup>

Die Europäische Kommission will den Freihandel mit der Ukraine um ein weiteres Jahr verlängern. Die Einfuhrzölle und Quoten für ukrainische Agrarimporte blieben damit weiterhin ausgesetzt. Gleichzeitig wurde auf Initiative Ungarns die EU-Kommission nun erneut aufgerufen, die ukrainischen Agrareinfuhren einzudämmen. In einem gemeinsamen Schreiben an die Brüsseler Behörde forderten Polen, die Slowakei, Rumänien und Ungarn, die Agrareinfuhren in ihre Märkte zu begrenzen.<sup>2</sup>

In der Periode vom 24. März 2022 bis zum 31. Januar 2024 wurden folgende Mengen aus der Ukraine nach Deutschland exportiert: 1.146.638 Tonnen Getreide und 965.085 Tonnen Rapssaaten.<sup>3</sup>

Denn der Druck auf die Getreidepreise ist im letzten Jahr enorm gestiegen. Allein aus der Ukraine fließt sehr viel billige Ware auf den Markt in der Europäischen Union. Bei Weizen werden die Bauern zurzeit nur noch mit 180 Euro je Tonne vergütet. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum kostete die Tonne Brotweizen noch 310 Euro. Auch die Maispreise sind im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gefallen. Während man derzeit für eine Tonne in Deutschland 173,50 Euro bekommt, lag der Preis im Vorjahreszeitraum noch bei 260 Euro je Tonne. Die Rapspreise hatten im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ebenfalls deutliche Preiseinbußen zu verzeichnen. Während im letzten Jahr die Tonne Raps noch 540 Euro brachte, reden wir jetzt von Preisen von 390 Euro je Tonne.<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> [www.topagrar.com/management-und-politik/news/stroemt-das-ukrainische-getreide-weiter-zollfrei-auf-den-eu-binnenmarkt-13574883.html?upgrade=true](http://www.topagrar.com/management-und-politik/news/stroemt-das-ukrainische-getreide-weiter-zollfrei-auf-den-eu-binnenmarkt-13574883.html?upgrade=true)

<sup>2</sup> [www.agrarheute.com/markt/marktfruechte/eu-will-agrarimporte-ukraine-deckeln-ausnahmen-615987](http://www.agrarheute.com/markt/marktfruechte/eu-will-agrarimporte-ukraine-deckeln-ausnahmen-615987)

<sup>3</sup> <https://efra.bundestag.btg/eFragerecht/mbd/antwort/download/24-02-0398>

<sup>4</sup> Bauernzeitung Wochenblatt für die ostdeutsche Landwirtschaft Nr. 8 vom 23.02.2024, S. 63

Dieser enorme Preisverfall von bis zu 60 Prozent führt zu enormen Planungs- und Existenzsorgen auf den deutschen Bauernhöfen.

Deswegen protestieren deutsche, polnische und tschechische Landwirte gemeinsam gegen diese EU-Agrarpolitik. Bei dieser Demo im polnischen Bogatynia (Dreiländereck) nahmen ca. 400 Landwirte mit 150 Traktoren teil. Dabei einigten sich Vertreter aus allen drei Ländern auf ein Positionspapier, welches die Probleme der Landwirte mit den Importen aus der Ukraine beinhaltet.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass die europäischen Märkte nicht länger mit ukrainischem Getreide, Mais und Ölfrüchten überflutet werden und stattdessen ausschließlich den Transit zuzulassen, damit die ukrainischen Agrargüter in den Entwicklungsländern landen, wo sie dringend benötigt werden;
2. sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass wieder vernünftige Einfuhrzölle auf ukrainische Agrarimporte in die EU erhoben werden, um einen Preisverfall in der EU und in Deutschland bei Getreide, Ölsaaten, Mais und Geflügel zu verhindern;
3. sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, einen EU-Beitritt der Ukraine unbedingt zu verhindern;
4. keine weiteren deutschen Steuergelder für den Aufbau des Exports von ukrainischen Agrarprodukten ins Ausland mehr einzusetzen;
5. sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass Agrarimporte in die EU, die nicht 1:1 die gleichen Qualitätsstandards erfüllen, nicht zollfrei eingeführt werden dürfen, um Wettbewerbsverzerrungen für die heimische Landwirtschaft zu verhindern.

Berlin, den 23. April 2024

**Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion**